

SOZIALISMUS



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 43 • 36. Jahrgang

Berlin, den 25. Oktober 1930

Lohnabbau oder Arbeitszeitverkürzung?

Mit Unterstützung der Regierung begann eine neue Offensive der Unternehmer für den Lohnabbau. Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie, der einen Lohnabbau von 8 Proz. vorsieht, bildet den Auftakt zur neuen Lohnoffensive. Man muß sich fragen, ob es noch einen Sinn hat, in diesem sozialen Machtkampf an die Vernunft derer zu appellieren, die diese Aktion für den Lohnabbau vorwärtstreiben. Da aber die öffentliche Meinung mit allen Mitteln von der Nichtigkeit des Lohnabbaus durch zahllose Veröffentlichungen der unternehmerfreundlichen Presse überzeugt werden soll, so muß auch von uns immer wieder die Frage gestellt werden: Was nützt der Lohnabbau? Kann Lohnabbau die Arbeitslosigkeit erleichtern? Des Weiteren: Der Lohnabbau soll nach Wunsch seiner Befürworter mit einem Preisabbau verbunden sein und diesen ermöglichen. Deshalb muß man sich fragen: Ist ein solcher Preisabbau für den inneren Markt im Falle von Lohnsenkungen zu erwarten, und wenn ja, kann dann dieser die Arbeitslosigkeit beheben?

Zwei Probleme pflegt man da in den Vordergrund zu stellen: Die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bei sinkenden Löhnen und die Erhöhung der Kapitalbildung, die durch Steigerung der Unternehmergewinne beim Lohnabbau zutreiben würde. Zur Steigerung der Kapitalbildung für diesen Zweck wäre es aber nötig, daß die Löhne mehr gesenkt werden als die Preise, damit der Unternehmergewinn sich erhöht.

Ist eine Lohnsenkung für die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erforderlich? Es würde wiederholt gezeigt, daß die deutsche Kuschuhr eine verblüffende Widerstandskraft trotz Weltwirtschaftskrise aufwies, daß sie viel weniger zurückging als die Kuschuhr irgendeines anderen Landes und daß eine rasche Erhöhung der Kuschuhr mit Hilfe von Lohnsenkungen weder möglich noch erwünscht ist. Die Folge wäre nur Steigerung der Schutzzölle und anderer Einfuhrhindernisse gegen deutsche Waren und der Druck auf die Löhne im Ausland. Lohnsenkungen für die Ausfuhrsteigerung sind aber auch angesichts der Preisentwicklung der eingeführten Rohstoffe nicht nötig. Im letzten Heft der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ vom 10. Oktober schreibt der Herausgeber dieses Blattes, Dr. Gustav Stolper, darüber:

„So dringend erwünscht eine Anpassung des deutschen Preisniveaus an die revolutionären Preisätze des Weltmarktes ist, die Wurzel des Übels ist nicht und kann nicht sein die Übererhöhung der deutschen Preise (auf dem Weltmarkt, die Red.). Denn als eine Wirtschaft, die für Milliarden ausländische Rohstoffe kauft, um sie verarbeitet als Industrieerzeugnisse der Welt zu verkaufen, ist Deutschland als Ganzes Kuckuck des Mißverhältnisses der Preisentwicklung von Rohstoff und Fertigfabrikat. Und die Entwicklung der deutschen Ausfuhr hat bisher nicht auf geminderte Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie hingedeutet.“

Lohnsenkung zur Steigerung der Kapitalbildung wäre ein absolut falscher Weg. Für die Unterbringung der Erwerbslosen in der Produktion wären gewaltige Kapitalien erforderlich. Diese Kapitalien können durch Lohnsenkungen nicht aufgebracht werden. Einmal, weil dafür Lohnsenkungen in Frage kämen, die den Lebensunterhalt der Arbeiter gefährden, ihnen auch das bestmögliche Existenzminimum nicht bieten würden. Zum zweiten aber, weil Lohnsenkung die Massenkaufrkraft schmälert, um so mehr, da zum Zweck der Steigerung der Kapitalbildung, wie oben erwähnt, die Löhne mehr gesenkt werden sollen als die Preise. Das Sinken der Massenkaufrkraft wird noch verschärft durch den Abbau der Beamtengeschälter und durch die Verkürzung der sozialen Unterstützungen. Der inländische Absatz müßte also selbst bei Preis-senkungen zurückgehen, die Produktion weiter ein-

geschränkt werden. Es ist aber klar, daß bei Produktionseinschränkung die Kapitalbildung nicht steigen kann. Was die Unternehmer auf der einen Seite durch Lohnsenkung an Profitten mehr erzielen, verlieren sie in ihrer Gesamtheit an vermindertem Absatz.

Es besteht jedoch keine Gewähr dafür, daß Lohnsenkungen eine entsprechende Preisenkung auslösen werden. Die Kartelle und andere monopolistische Organisationen gehen mit dem Preis nicht herunter. Die Notverordnung der Brüning-Regierung war ein Schlag ins Wasser und war offenbar nicht ernst gemeint. Die Lebensmittelpreise werden von Woche zu Woche erhöht, die Lebensmittel verteuert. Die Mieten und die Betriebsausgaben steigen, die Handelsaufschläge können um so weniger zurückgehen, je mehr die Umsätze im Einzelhandel zusammenkrumpfen.

Nehmen wir aber den Fall an, der sicherlich nicht eintreten wird, daß die Preise so weit gesenkt werden, daß dadurch der Lohnabbau ausgeglichen, ja mehr als wettgemacht wird, so daß trotz Lohnabbau die Unternehmer mehr Waren als bisher auf dem inneren Markt absetzen können, was der Zweck des Preisabbaus wäre. Selbst in diesem Fall, für dessen Eintritt die Voraussetzungen vollkommen fehlen, könnte nur ein Teil der Arbeitslosen in der Produktion untergebracht werden. Denn die Einführung von arbeitsparenden Maschinen, die auf der einen Seite Millionen von Arbeitskräften freisetzt, bewirkt es, daß in vielen Produktionszweigen viel größere Warenmengen als heute mit geringer Vermehrung der Arbeiterzahl hergestellt werden können.

Die deutsche Arbeiterschaft wird die Pläne der Unternehmer entriefft ablehnen müssen. Sie wird aus der Wirtschaftslage die richtige Schlussfolgerung ziehen: Statt Lohnabbau — Arbeitszeitverkürzung! Das ist der einzige Weg, auf dem die Arbeitslosigkeit erleichtert werden kann.

Was ist denn schon erreicht worden?

Erfolge der freien Gewerkschaften — Im Jahre 1929 rund 14 Millionen Lohnerrhöhung wöchentlich — 1078 732 Stunden pro Woche Arbeitszeitverkürzung

Was ist denn nun schon durch die freien Gewerkschaften erreicht worden? So fragte neulich ein Arbeiter, der allerdings schon seit zwei Jahren keine Verbandsbeiträge mehr bezahlte, einen Kollegen und mußte sich von dem eine so herbe Antwort gefallen lassen, daß sie ihm die Sprache verschlug. Er war zufällig an einen alten Gewerkschaftsfunktionär geraten. So geistreiche Fragen sollen öfter gestellt werden, entweder von irgendeinem meist persönlich verärgerten Verbandsmitglied — das ist der Ausnahmefall — oder aber von dem ultraradikalen sogenannten revolutionären Gewerkschafter, der die „Bonzen“ nicht leiden kann — diese Art ist schon häufiger —, meist aber sind es unorganisierte oder abtrünnig gewordene Arbeiter, die überall glauben, sich entschuldigen zu müssen, weil sie die Verbandsbeiträge „sparen“. Allen diesen angenehmen Zeitgenossen kommt anscheinend nicht in den Sinn — Denken soll ja manchen Kopfschmerzen bereiten —, daß sie mit dieser Redensart sich nur bei den Unternehmern beliebt machen können.

Wir wollen gleich dem eingangs erwähnten Kollegen die Frage: Was ist denn schon erreicht worden?, kurz mit einigen Zahlen beantworten, die übrigens jedem zur Verfügung stehen; er braucht sich nur das Jahrbuch des DGB für 1929 anzusehen. Die Leistungen unseres Verbandes für die Kollegen und Kolleginnen dürfen bei unseren Mitgliedern als bekannt vorausgesetzt werden.

Für die Gewerkschaften ist der Kampf um besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit immer noch die wichtigste Tagesaufgabe. Ihr Handeln dreht sich ständig um die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Wie äußert sich nun praktische Gewerkschaftspolitik?

Die freien Gewerkschaften haben im Jahre 1929 den deutschen Arbeitern beträchtliche Lohnsummen erkämpft, und zwar in einer Zeit, da die Wirtschaftslage denkbar ungünstig war und die Unternehmer samt und sonders den Scharfmacher herauskehrten. Soll dies etwa kein Erfolg für die freien Gewerkschaften sein?

Im Jahre 1929 wurden Lohnerrhöhungen erreicht:

Im pro Woche für 6466078 männliche Personen im Durchschnitt 1,82 für 2005944 weibliche Personen im Durchschnitt 1,29 Im ganzen betrug die erreichte Lohnerrhöhung pro Woche im Jahre 1929 14 355 930 M.

Außerdem wurden 1929 Lohnkürzungen abgewehrt, die pro Woche 367 545 M. betragen.

Für 412 810 Personen wurde 1929 eine Arbeitszeitverkürzung erreicht, und zwar von 1 078 732 Stunden pro Woche, und für 4686 Personen wurde eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 20 209 Stunden pro Woche abgewehrt.

Die Lohnerrhöhung und die Verhinderung des Lohnabbaus, die Arbeitszeitverkürzung und die Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit ist aber nicht von selbst gekommen. Dazu waren 9723 Bewegungen notwendig, die sich auf 655 666 Betriebe mit 11 126 011 beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen selbst waren 10 814 857 Personen beteiligt.

Zeiten der Wirtschaftskrise, Perioden, da die Fabrik-tore geschlossen werden und die Schloten zu rauchen aufgehört haben, sind zum Streiken schlecht geeignet. So sind im Jahre 1929 die Bewegungen ohne Arbeits-einstellung gegenüber den Bewegungen mit Arbeits-einstellung zurückgegangen. Für den Kampf um Lohn und Arbeitszeit haben die Gewerkschaften 1929 11,7 Mill. ausgegeben, und zwar hiervon für Streiks und Aussperrungen allein 9,7 Mill. M.

Durch das energische Auftreten der freien Gewerkschaften haben natürlich auch die Tariflöhne eine Steigerung erfahren.

Der durchschnittliche tarifmäßige Stundenlohn betrug:

	Januar	Dezember
für den gelernten Arbeiter	108,5	111,9
für den ungelerten Arbeiter	81,2	84,0

Die tariflichen Stundenlöhne sind also bei den Gelernten wie bei den Ungelernten um 3,8 Prozent im Jahre 1929 gestiegen.

So sieht die Lohnpolitik der freien Gewerkschaften aus. Allerdings bleibt die im Jahre 1929 erreichte Lohnerrhöhung gegenüber der 1928 erreichten zurück. Aber die 1929 von den Gewerkschaften erkämpften Lohnerrhöhungen sind trotzdem ein großer Erfolg, denn die Gewerkschaften hatten 1929 nicht die günstige Wirtschaftslage des Vorjahres. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen ständig stieg, die Reservearmee und damit auch der Lohnruck dauernd wuchs, was es den Gewerkschaften nicht nur möglich, den erkämpften Lohn der Vorjahre zu halten, ihn vor Abbau zu schützen, sondern ihn auch noch zu erhöhen. Das ist eine Leistung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Nun bitte einmal nachdenken, wie würde es dem Arbeiter in Zeiten wirtschaftlicher Not wohl ergehen, wenn es keine starken Gewerkschaften gäbe! Auf der ganzen Linie würde ein gewaltiger Lohnabbau vorgenommen werden. In früheren Jahrzehnten, als die Gewerkschaften noch klein und schwach waren, haben die Unternehmer mit dem Moment, da die Konjunktur nachließ, auch die Löhne wesentlich verkürzt. Heute sind die Gewerkschaften für den Arbeiter der Schützer seiner gesamten sozialen Interessen. Wer also für alle Zukunft seinen Lebensstandard sichern, den sozialen Fortschritt fördern will, der helfe mit, die freien Gewerkschaften groß und stark zu machen und zu erhalten, und vermeide es, gedankenlose Redensarten nachzuplappern. Seine Pflicht ist es, jenen Schwägern energisch entgegenzutreten.

Das Referat Leipartz auf der Bundesausschuss-Sitzung

Der Ausschuss des ADGB hat in seiner Tagung am 12. und 13. Oktober eine von uns bereits veröffentlichte Entschliessung einstimmig angenommen, zu der der Bundesvorsitzende, Kollege Leipartz, eine eingehende Begründung gab. Seinen Ausführungen entnehmen wir:

Zur Wirtschaftskrise

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmass wohl noch niemals dagewesen ist. Die Zahl der Arbeitslosen, die wohl in jedem Verbandsmitglied höher ist als in früheren schlechtesten Zeiten, besagt genug. Leider haben wir keinen Anhaltspunkt dafür, ob die Krise nun bereits an ihrem Tiefpunkt angekommen ist. In früheren Jahren konnte die öffentliche Hand durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten einen Teil der Arbeitslosen auffangen, aber gerade jetzt, wo die Not der Wirtschaft am grössten ist, ist mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm kaum zu rechnen. Infolge einer verfehlten Finanzwirtschaft sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchziehen. Es rächt sich jetzt die Politik des früheren Reichsbanpräsidenten Dr. Schaack, der zu einer Zeit, als Auslandsanleihen noch verhältnismässig billig waren, der öffentlichen Hand den Zugang zum ausländischen Markt gesperrt hat.

Der laufende Reichshaushalt hat ein Defizit von rund einer Milliarde Mark. Die Ersparnismaßnahmen des neuen Regierungsprogramms, wie z. B. die Gehaltskürzungen, sollen erst zu Beginn des neuen Etatsjahres, also zum 1. April 1931, wirksam werden. Auf Grund dieser späteren Ersparnismaßnahmen hofft die Regierung für das laufende Jahr einen „Überbrückungskredit“ zu erhalten, der dann freilich die Aufnahme weiterer Anleihen aufs äusserste erschweren würde. Es kommt hinzu, dass das Regierungsprogramm eine Kürzung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau um 400 Millionen Mark vorsieht und diesen Ausfall durch Finanzierung mittels Anleihen auszugleichen beabsichtigt. Es ist fraglich, ob derart beträchtliche Summen auf dem Anleihemarkt zu erhalten sind. Sollte dies aber der Fall sein, so würde eine weitere Verknappung des Anleihemarktes eintreten und damit die Aufnahme weiterer Kredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung noch mehr eingeengt und damit noch unwahrscheinlicher werden.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält die Frage der Preishöhe eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preisentwertung nur nach vorüberiger Lohnsenkung und im Ausmass dieser Lohnsenkung durchzuführen zu können. Es ist ihnen gelungen, weite Kreise der Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieser Argumentation zu überzeugen. Denn im allgemeinen weiß eben der Außenstehende nicht, dass die Löhne einen verhältnismässig geringen Anteil an den Herstellungskosten haben. So betragen nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochofenbetrieben nur 7 Proz. des Produktionswertes, in der chemischen Industrie, in der Lederindustrie, in der Steinkohlenindustrie nur 10 Proz., in der Textilindustrie noch nicht 20 Proz., in der Automobilindustrie rund 20 Proz. Eine Reduktion der Löhne würde hier also das Preisniveau nur ganz geringfügig verändern können. Viel bedeutsamer für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Innerhalb des letzten Jahres ist eine Reihe wichtiger Weltrohstoffe, wie Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Wolle, Baumwolle, Stahls, Zute, Koffein, Rindhäute, Schrot und Rautschul, um 25 bis 40 Proz. gesunken. Wir merken aber noch nicht, dass die Fertigwarenpreise dementsprechend billiger geworden sind. Wir merken ebenjowent, dass die im Inlande hergestellten Rohstoffe, insbesondere Kohle und Eisen, in dem Maße nachgegeben haben, wie es der jetzigen Wirtschaftskrise entspräche. Die Differenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen wichtiger Produkte wird von Woche zu Woche größer und unerträglich. Die Regierung hat zwar durch die Verschärfung der Verordnung über die Kartelle einen zaghaften Anlauf gemacht, von sich aus in diese Preisgestaltung einzugreifen, aber mächtige Kräfte sind ihr sofort in den Arm gefallen. Wir müssen fordern, dass die Kartellkontrolle unverzüglich schärfer gehandhabt wird, und dass zum Mittel der Zollsenkung für diejenigen Produkte, deren Preise so stark unter dem Einfluss der Syndikatsbildung stehen, gegritten wird.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten auch nicht, dass zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, dass aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausgezahlte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist. Sie kümmern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken, besonders wenn eine Lohnsenkung in bedrohliche Nähe gerückt ist.

Zur Wohnungswirtschaft

Im nächsten Absatz der Entschliessung ist zu den Plänen der Reichsregierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft Stellung genommen. Der Plan der Regierung enthält keinen Vorschlag zur stärkeren Anforderung des Wohnungsbaues, obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und die schlechten Wohnverhältnisse der breiten Massen der Bevölkerung die Voraussetzung hätte sein müssen. Die Regierung beachtlich, den entgegengesetzten Weg zu gehen. Statt der bisherigen Verwendung von 800 Mill. M. aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau will sie künftig diesem Zwecke nur noch 400 Mill. M. zuführen. Die verbleibenden 400 Mill. M. sollen der Senkung der Realsteuern dienen. Es ist aber anzunehmen, dass es zu keiner Steuerentlastung kommt. Vielmehr dürften diese 400 Mill. M. zur Stopfung des Defizits im Reichshaushalt verwendet werden.

Ab 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, dass die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen konnte. Auffallend ist, dass die Regierung kurzerhand 400 Mill. M. dem Wohnungsbau entziehen will, andererseits aber von einer besseren Ausschöpfung der Hauszinssteuer, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird, abstieht. In Preußen allein würden, wenn die vom Mieter gefällten Hauszinssteuerbeträge in vollem Umfange vom Hausbesitzer an die Steuerkassen abgeführt würden, allein 300 Mill. M. mehr eintommen.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieterschutz in den nächsten Jahren weiter gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben. Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren wiederholt für die Beibehaltung des Mieterschutzes ausgesprochen. Die sogenannte freie Wirtschaft im Wohnungswesen, wie sie jetzt wieder hergestellt werden soll, würde nichts anderes bedeuten als eine Diktatur der organisierten Hausbesitzer gegenüber der Mieterschaft, die rund 90 Proz. der deutschen Bevölkerung ausmacht.

Verkürzung der Arbeitszeit

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten, weil wir ihm einige Stunden zur freien Betätigung seiner körperlichen und geistigen Kräfte gewährleisten wollten, so haben wir die 44-Stunden-Woche in Stockholm auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Ersparnisse an Arbeitskraft gebracht, Ersparnisse, die sich auf der anderen Seite in einer Überfüllung des Arbeitsmarktes bemerkbar machten. Der Produktionsapparat ist in gewaltigem Ausmass vergrößert, und die Absatzmöglichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Vermehrung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, dass in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterschaft voll beschäftigt wird. Selbst in Amerika, dessen wirtschaftliche Lage unvergleichlich besser ist als die unsrige, gewinnt seit dem Beginn der dortigen Depression das Schlagwort der „Fünftagewoche“ mit dem „Fünftundentag“ an Boden.

Wir haben uns ein Bild davon zu machen gesucht, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wohl wirken könnte. Wir haben der Ansicht halber die Kleinbetriebe, die Landwirtschaft und die Hauswirtschaft ausgeschlossen, die schon bestehende Kurzarbeit berücksichtigt und auch das Baugewerbe mit seinen besonderen Bedingungen sowie den Bergbau, bei dem bereits jetzt zahlreiche Fehlschichten eingelegt sind, außer Anlauf gelassen. Wir kommen dann bei achtstündiger Verkürzung der Arbeitszeit und unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunktur zu der sehr vorläufig geschätzten Zahl von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Million Arbeitsloser, also 10, 15 oder vielleicht auch 20 Proz. der augenblicklichen Arbeitslosenzahl, die für eine Wieder-einstellung in Betracht kommt. Das mag wenig genug sein, aber wir dürfen nicht den psychologischen Effekt verkennen, den die Verkürzung der Arbeitszeit ausübt. Wir haben im Vorhande mehrmals und eingehend über die Frage gesprochen. Es ist dort auch zum Ausdruck gekommen, dass dieser psychologische Effekt in sein Gegenteil umschlagen könnte, wenn die Hoffnung auf Einstellung weiterer Arbeitsloser fehlschlägt. Wir würden in diesem Falle nicht nur den Arbeiter im Betrieb uns zum Gegner machen, der unter der Arbeitszeitverkürzung leidet, sondern auch den Arbeitslosen

nicht zum Freunde gewinnen, dessen Hoffnungen fehlschlagen sind. Dieser Einwand ist insofern anzuerkennen, als wir vorsichtig sein müssen. Wir müssen betonen, dass die Arbeitszeitverkürzung in erster Linie dem noch Arbeitenden seinen Arbeitsplatz sichert und erst darüber hinaus einige Hoffnung auf Wieder-einstellung bisher Arbeitsloser gibt.

Wir können freilich nicht darauf bauen, dass die Unternehmer — von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleistet, nicht aber eine Verkürzung der Wochenlöhne auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung. Nun müssen wir — besonders nach dem Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie — vorsichtshalber mit der Möglichkeit rechnen, dass der Druck auf die Löhne so stark wird, dass er nicht immer abgemindert werden kann. Ist es in dem Fall nicht besser, eine Lohnkürzung in der von uns für richtig befundenen und für die Arbeiterschaft vorteilhafteren Weise vorzunehmen, als mit anzusehen, dass die Unternehmer eine Lohnkürzung in ihrem Sinne durchsetzen? Bedenken wir doch ferner, dass das Schlagwort der Arbeitszeitverkürzung bereits in der bürgerlichen Presse seit Wochen diskutiert wird. Mühen wir nicht unersetzlich dazu Stellung nehmen? Wir müssen es um so mehr, als ja die Arbeitszeitverkürzung, wie jeder unserer Verbandsvertreter aus seiner Verammlungsstätigkeit bezeugen kann, schon jahrelang und immer dringlicher von unseren Mitgliedern gefordert wird.

Gegen die Überarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Deshalb fordern wir jetzt die gesetzliche Beschränkung der Überstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, dass für jede Überstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll.

„Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.“

Nach den letzten Ausweisungen sind allein in der Reichsverwaltung 51 600 Ruhegehaltsempfänger mit einer Gesamtrentenlast von 200 Mill. M. jährlich. Davon entfallen 36 000 Pensionen auf ehemalige Reichswehrangehörige mit einem Gesamtrentenbeitrag von 140 Mill. M. Dazu treten weitere 4500 Wartegeldempfänger mit jährlich 18 Mill. M. Rentenlast. Die Reichsbahn zählt 116 000 Ruhegehaltsempfänger und 21 000 Wartegeldempfänger mit zusammen 360 Mill. Mark an Pensionen. Aber die Zahl der Pensions- und Wartegeldempfänger bei der Reichspost, die sehr zahlreich sind, sind im Augenblick positive Angaben nicht erhältlich. Ebenso sind positive Zahlen über die Pensions- und Wartegeldempfänger in den Ländern und Gemeinden im Augenblick nicht erhältlich. Nach einer Zusammenstellung von Kinner (im „Freien Wort“ 1930, Heft 33) sind für Pensionen und Wartegelder insgesamt im Deutschen Reich mit etwa 1,9 Milliarden Mark zu rechnen.

Die große Mehrzahl der hiernach auf etwa 750 zu berechnenden Zahl der Empfänger kann von den Pensionen usw. gut leben, ohne daneben noch beruflich sein zu müssen und anderen, die nur auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegnehmen. Wir verlangen deshalb, dass diese hunderttausende Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen, wozu sie sich von selbst entschließen werden, wenn ihr der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Zur Notverordnung

Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Überzeugung, dass auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegen-gewirkt werden kann, noch die Finanzen des Reiches saniert werden können. Nur die weitere Verbitterung und Verelendung der Arbeitslosen kann die Folge dieser Maßnahmen sein. Wir müssen darum fordern, dass an Stelle dieser unterliegenden Reform die ordentliche Gesetzgebung tritt und dass der Reichstag eine grundsätzliche Revision der zum Teil sozial völlig ungerechten Bestimmungen der Notverordnung im Sinne unserer Forderungen vornimmt.

Die Krisenunterstützung muss grundsätzlich auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des RMV sieht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muss bei der großen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Böslich unmöglich sind aber die vorgeschlagenen radikalen Kürzungen der Leistungen. Es sollen die Unterstützungsfähige um mehrere Lohngruppen herabgesetzt werden und außerdem soll

eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, die selbst bei einer Armenfürsorge als drakonisch empfunden werden müßte. Jedes Lohnneinkommen in der Familie wird bis auf einen Betrag von 15 M. wöchentlich auf die Unterstützung voll angerechnet. So würde z. B. künftig, wenn in einem gemeinsamen Haushalt, in dem außer den Eltern ein erwachsener Sohn und fünf unverheiratete Kinder leben, der arbeitslose Vater nur noch 1,45 M. Unterstützung wöchentlich erhalten, wenn der erwachsene Sohn ein Lohnneinkommen von 35 M. wöchentlich hätte.

Reparationslasten

Ich komme schließlich zum dritten Abschnitt der Entschliessung, der von den Reparationslasten handelt. In dieser Zeit schwerster Wirtschaftsnote wird die Belastung, die dem deutschen Volke aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir haben immer wieder betont, daß die Voraussetzung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Absatz unserer Industrieerzeugnisse offenstehen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Youngplanes darauf hingewiesen, daß der Youngplan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawesplan zweifellos eine Entlastung bedeutet, eine Entlastung, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 Proz. geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht fühlbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachsens dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur.

Seit einiger Zeit machen Finanzsachverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge abnehmender Goldproduktion, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz, die sich seit einiger Zeit bemerkbar macht, anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr bezahlen müßten, als nach dem Youngplan vorgesehen ist. Denn um die nötigen Dollars zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigwaren ausführen als bisher. Eine bewährte Maßnahme ist aber unmöglich, da erstens die Weltkaufkraft in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Absatzmöglichkeiten sich verringern, und daß zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr abzusperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unseres Exportes erfolgen muß. Die Revision des Youngplanes ist also eines der brennendsten weltpolitischen Probleme geworpen.

So schwer die Zeit ist, in der wir heute zusammengetreten sind, ebenso schwer lastet auch die Verantwortung auf uns allen für die Beschlüsse, die wir jetzt gemeinsam entscheiden und beraten wollen. Möge niemand mit seiner Meinung zurückhalten und jeder mit gutem Rat und im Bewußtsein seiner Verantwortung dazu beitragen, daß wir zu guten und richtigen Beschlüssen kommen.

Die Aussprache

In der eingehenden Aussprache, die sich an das Referat von Leipart anschloß, wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß der Ausgang der Wahlen vom 14. September die Aktionskraft der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsfeld in keiner Weise geschwächt habe. Sie haben daher keinen Grund, zu ihrer Kraft ein geringeres Vertrauen zu haben als vorher. Nicht dieses Wahlergebnis, sondern die schwere Wirtschaftskrise, die sich über einem Jahr auf Deutschland lastet, erschwert es ihnen, dem Unternehmertum und der unter seinem Einfluß stehenden Regierung mit dem äußersten Nachdruck entgegenzutreten.

In der Debatte über die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde sowohl die arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieser Maßnahme gewürdigt wie auch die Notwendigkeit betont, die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im einzelnen an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen. Es wird von den Bedürfnissen des Betriebes abhängen, ob eine Verkürzung um täglich eine Stunde durchzuführen ist, oder ob die 40stündige Arbeitszeit auf fünf Arbeitstage wöchentlich zu konzentrieren ist. In Betrieben mit durchgehender Arbeit wird an die Schaffung sechsständiger Arbeitsstätten zu denken sein, so daß in diesem Falle eine Gesamtarbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich in Frage käme. Für kontinuierliche Betriebe würde eine siebenmal sechsstündige Arbeitszeit, gleich 42 Stunden, möglich sein.

Um die ungeheuren Verpflichtungen an Kreditinstituten und Reparationslasten, die auf Deutschland ruhen, ein-

zuhalten, müsse die deutsche Wirtschaft ihre Ausfuhr gewaltig steigern. Eine Steigerung der Ausfuhr in dem notwendigen Ausmaß ist aber völlig unmöglich.

Alle Verbandsvertreter hielten daher den Zeitpunkt für gekommen, diese Tatsache offen auszuspochen und die verantwortlichen Führer der Wirtschaft ebenso wie die Staatsmänner in den großen europäischen Staaten und Amerika mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß man endlich, fast anderthalb Jahrzehnte nach dem Kriege, die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft von den Fesseln befreien müsse, durch die man die Bewegungsfreiheit der einen wie der andern gelähmt hat. Die wirtschaftliche Vernunft müsse endgültig die politischen Vorurteile überwinden, die nicht zuletzt die epidemische Arbeitslosigkeit mit verschulden.

Als dann wurde eine Entschliessung zu dem Schiedsbericht für die Berliner Metallindustrie zur Erörterung gestellt, die der Ausschuss einstimmig annahm. Die Entschliessung lautet:

In dem Schiedsbericht für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzulegen. Mit dem Deutschen Metallarbeiterverband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichmachung dieses Schiedsprüchs versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.

Am Schluß der Tagung sprach Leipart allen Teilnehmern den Dank des Vorstandes für ihre Mitarbeit aus. So oft die Kollegen Gelegenheit haben, zu den Arbeitern zu reden, werden sie der Überzeugung Ausdruck geben können, daß die Macht der Gewerkschaften unerschütterlich geblieben ist, ebenso ihr Wille, die Machtmittel der Bewegung zum Nutzen der Arbeiterschaft einzusetzen.

Aus Beruf und Leben

Fragen und Antworten

Zahreich sind die Fragen, die an den Werttägigen in den graphischen Berufen herangetragen, Fragen aus dem Fachgebiet selbst, wie auch Fragen des allgemeinen Wissens, die gerade hier eine große Rolle spielen. Nicht immer ist die Antwort auf solche Fragen zur Hand. Denn viel von dem, was Schule und Fachschule an Wissen und Kenntnissen vermittelt haben, ist allmählich doch dem Gedächtnis wieder entchwunden, vieles auch ist überhaupt noch nicht zu unserer Kenntnis gelangt, obwohl wir seinen Mangel, bewußt oder unbewußt, oftmals empfinden. liberal lassen in unserem Wissen Wunden, und selbst der bestgeschulte und geschulteste Fach- und Zeitgenosse ist von dieser Erscheinung nicht ausgenommen.

Daher werden es unsere Leser begrüßen, wenn wir fortan in dieser Rubrik kurze prägnante Fragen aus den verschiedenen Gebieten des Berufs- und allgemeinen Wissens stellen und dahinter ebenso kurz und prägnant die Antworten erteilen. Kann der Leser die gestellten Fragen aus eigenem Wissen beantworten, so hat er Grund, sich seiner Kenntnis zu freuen; muß er die Antwort jedoch nachlesen, so hat er damit die Möglichkeit gewonnen, eine Wissenslücke auf leichte und anregende Weise zu schließen. Vermehrung und Ergänzung des beruflichen und allgemeinen Wissens, das soll der Zweck dieser Rubrik sein, und wir hoffen, damit unseren Lesern einen guten Dienst zu erweisen.

Fragen

1. Was ist Papier?
2. Was sind Komplementärfarben?
3. Was versteht man unter dem spezifischen Gewicht eines Stoffes?
4. Welches ist der Umfang eines Kreises, dessen Halbmesser 14 Zentimeter lang ist?
5. Wer wird außer Gutenberg noch als Erfinder des Buchdrucks genannt?
6. Was ist Epapto?
7. Wer war Archimedes?
8. Welches sind die wichtigsten Lebensdaten des Erfinders der Schnellpresse?
9. Was ist Sanskrit?
10. Wer hat die Stenographie erfunden?

Antworten

1. Papier ist ein aus sehr feinen Fasern durch Verfilzung derselben hergestelltes Fabrikat. Vornehmend pflanzliche, in kleinerem Maße aber auch tierische und mineralische Rohstoffe liefern das Material für die Gewinnung der Fasern und damit der gesamten Papierfabrikation.
2. Komplementär- oder Ergänzungsfarben sind solche Farben, die sich bei geeignetem optischen Zusammenwirken zu Weiß ergänzen. Rot und Grün, Orange und Blau, Gelb und Grün, Grünlichgelb und Violett sind solche Paare von Komplementärfarben.
3. Unter spezifischem Gewicht versteht man die Zahl, die angibt, um wieviel mal ein Stoff schwerer ist als ein gleich großer Rauminhalt Wasser. Ein Kubikdeimeter (Liter) Eisen ist beispielsweise siebenmal schwerer als ein Liter Wasser, daher ist das spezifische Gewicht des Eisens = 7.
4. Nach den Formeln der Kreisberechnung ist der Umfang eines Kreises, wenn wir dessen Halbmesser oder Radius mit r bezeichnen = $2 \times r \times 3,14$, in unserem Falle also, mit der Radius 14 Zentimeter lang ist, $2 \times 14 \times 3,14 = 87,92$ Zentimeter.
5. Der Holländer Lorenz Coster, der um das Jahr 1440 als Künstler in Haarlem lebte, wurde von seinen Landsleuten als Erfinder der Buchdruckkunst angesehen. Es ist ihm dort auch ein Denkmal gesetzt worden. Doch hat die geschichtliche Forschung das Unberechtigte dieser Annahme ergeben, und heute ist diese auch von den Holländern selbst fallen gelassen.
6. Epapto, auch Epaptozas genannt, ist eine Kuppelplanze, die in Spanien und Nordafrika viel angebaut wird und das Material für die verschiedensten Industrieerzeugnisse liefert. Von besonderer Bedeutung ist sie jedoch für die

Papierfabrikation geworden; sie liefert ein sehr zähes und gutes Papier.

7. Archimedes war der bedeutendste Physiker und Mathematiker des Altertums, dessen Fortschrittsgebiete noch in der heutigen Wissenschaft nachwirken. Er war im Jahre 287 v. Chr. in Syrakus geboren und wurde im Jahre 212 bei der Eroberung seiner Vaterstadt durch die Römer getötet.
8. Friedrich König, der Erfinder der Schnellpresse, wurde 1774 in Esleben geboren, war 1790 bis 1794 als Lehrling in der Buchdruckerei von Breitkopf u. Härtel in Leipzig tätig, ging späterhin nach London, wo er in den Jahren 1811, 1813 und 1814 seine Patente auf die Zylinderdruckmaschine nahm. Nach Deutschland zurückgekehrt, gründete er mit Bauer die berühmte Maschinenfabrik in Oberzell, wo er 1833 starb.
9. Sanskrit ist die Ursprache Indiens, aus der sich die Sprachen der indogermanischen Sprachengruppe entwickelt haben. Griechisch, Latein, Deutsch, Französisch, Englisch usw. leiten von dieser Ursprache ihre Entwicklung ab.
10. Tiro, ein Sklave des römischen Redners und Staatsmannes Cicero (106 bis 43 v. Chr.), hat zuerst Noten für eine abgekürzte Schreibweise, die nach ihm benannten Tironischen Noten, erfunden, die als die ersten Vorgänger der späteren Stenographie bezeichnet werden können.

Im Volkzeibüro

Der folgende Abschnitt ist dem humoristisch-färschlichen Roman „Acht um“ von Robert Vudjinski entnommen. Das Buch, das vor kurzem im „Bücherpreis“, Berlin SW 61, erschien, hat wegen seiner skandinavischen (Weißkollidist) großen Anklang gefunden. (Preis 4,80 Mark.)

Als er auf der Schlafstelle erschien, um seine Sachen abzuholen, wurde er verhaftet. Im Volkzeibüro mußte er sich unterziehen lassen; die gefassten Sachen kamen ans Licht. Die verkaufte Uhr lag auch schon da; und aus all dem ergab sich das einwandfreie Bild eines Einbrechers. Denn erstens einmal war er ein Arbeiter, zweitens mit bedeutlichen polizeilichen Auskünften besetzt. Ferner besaß ein solches Individuum keine so wertvolle Uhr und schlägt sie für jeden Preis. los. Und dann die Zuderzange und Wase, mit so vielen Hemden und anderer Wäsche! Man weiß ja doch, daß das alles für den Arbeiterstand nicht nötig ist. Und schließlich dieses feine Tuch hier! Ja, was ist dies denn? Ein Buch? Noch ein anderes? Arbeiter und Bürger! N—e—z N—e—z Kiehlisch! Jara—Jarathukra! Sicher ein Kuffe und Kollischewi! Also sprach Jarathukra. Was sprach der Herr? „Als Jarathukra 30 Jahre alt war, verliebte er seine Feimat.“ (Wahrheitslieblich mußte er sie verlassen.) „Aber Wert ward schon geschaffen, und aller geschaffene Wert, der hin ist.“ „Dies ist der Sinn und die Wahrheit deiner Rede: Ach, diese Armut der Seele zu zweien, ach, dieser Schmutz der Seele zu zweien, ach, dieses erbärmliche Behagen zu zweien! Welches Kind hat nicht Grund, über seine Eltern zu weinen!“ („Donnerwetter, Mann! Und solchen Schmutz seien Sie?“) „Weiter: „Der du die Menschen schaut, so Gott als Schaf.“ („Das ist ja gemein, niederträchtig, und das wird gedrückt! Ist das erlaubt?“) „O Mensch, ich ach! — Was spricht die tiefe Mitternacht! — Will tiefe, tiefe Gewigkeit!“ („So'n Schöpfung, was meint der Kerl damit?“) „Ja, nun gehen Sie mal. Wo haben Sie das gestohlen? In unserer Stadt doch nicht.“ „Gefaut? Hier?“ — „Das werden Sie keinem weismachen, hier bei uns hat man so was Gemeines nicht. Und brauchen konnten Sie das doch auch nicht; aber, alles, was da lag, mitgehen lassen, wie? Aufhänger, Wase, fann alles gebraucht werden, was? 12 Paar Hemden, Zahnbürste, Chorobont, alles ganz neu, noch ein Buch: Rai—Wainer Maria Ril—Rilke! Mensch, wollten Sie einen Trödlerladen eröffnen?“

Man konnte ihm aber nichts nachweisen, dagegen sprach verschiedene für die Wichtigkeit seiner Angaben. Schließlich hieß es: „Sie können gehn!“

„Nein“, sagte er, „ich will noch nicht gehn, ich will mich befeuern. Man beschuldigt einen Menschen nicht so ohne weiteres des Einbruchs. Ich will wenigstens hören, daß Sie sich entschuldigen.“

Ein großes Gelächter begann, es pflanzte sich fort durch etliche Bürostunden und rief einen Beamten heran, vor dem die anderen stramm standen. Der hörte und sah sich die ganze Geschichte an, vor allem den Delinquenten, und urteilte:

„Die Ergebnisse der Untersuchung sind in der Tat leider nicht hinreichend, die Verhaftung zu rechtfertigen, aber Sie haben sich immerhin genügend verdächtig gemacht, eine Entschuldigung erscheint nicht am Plage.“

„Und was geschieht mit den Juwelenschänder, der meine Postlage ausgenutzt hat, um sich einen bedeutenden Vorteil zu verschaffen?“

„Der Verkauf ist freihändig erfolgt, Sie waren auch nicht gezwungen, machen Sie, daß Sie fortkommen!“

Kaver Schmid vergaß mit einsigen Arbeiterum, er war wieder Reinhold Bäring. Trat dicht vor den Beamten und domierte mit Herrenstimme:

„Unverschämter Lämme! So behandelt ihr hier Arbeiter? Die euch unterhalten, Heiden und wohnen lassen? Wer gibt Ihnen das Recht, mich hier fortzuweisen, nachdem Sie mich mit schwerem Verdacht belastet haben? Wer würde Ihnen das Recht geben, selbst einen überführten Verbrecher so zu behandeln? Hat ein Arbeiter nicht auch Gefühl und Menschenwürde? Obgleich ihr alles tut, um ihm das zu streifen!“

Selbsterneuer! Gestundel!“

„Der Mann spricht, der ganze Raum bebte. Der so Angeschriene hatte sich hinter einen Tisch gestülpt und schimpfte mit überschreppernder Schreierstimme: „Man kennt den Kerl ganz genau, wir wissen Befehd über Sie. Ja, Sie sollen hierbleiben, wenn Sie nicht fortgeschickt werden wollen, aber inhaftiert, im Loch. Das ist Beamtenebelidigung und Hausfriedensbruch, mein Freundchen, ja, Haus—frie—dens—bruch! Darauf steht Gefängnis!“

Kaver ging starken Schritts auf den Mann hinterm Tisch los, der war wie ein Wiesel verschunden, zur Tür hinaus. So geschwind und komisch, daß sich die Spannung in Kaver löste und umschlug in ein volles schönes Lachen. Mitten drin noch küßte er sich hinten ergriffen und mit beiden Händen gefesselt. Er schiederte trotzdem noch etliche Leute fort und warf Stühle und Tische um. Jemand quiekte mittendrin: Widerstand gegen die Staatsgewalt! Und darauf erdriek er einen Wasserstrahl ins Gesicht, daß er blind und taub sich vorkam.

Die Luxusverfahrungen

Die Technik feiert wahre Triumphe. Es vergeht keine Woche, wo nicht irgendein Produktionsproblem durch die Technik gelöst wird. Kein Zeitalter der Vergangenheit läßt sich in dieser Beziehung mit dem jetzigen vergleichen. Wenn man sich aber fragt, wozu diese technischen Erfindungen genützt haben, so muß man leider eine betrübliche Feststellung machen. Die Technik hat nämlich der breiten Masse der Bevölkerung sehr wenig genützt. Ja, man kann sogar behaupten, daß die furchtbaren Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die schnelle Technisierung des Arbeitsprozesses zurückzuführen sind. Die Rationalisierung ist über Gebühr gefördert und vielfach zu schnell eingeführt worden. Die Technik hat Wunderwerke errichtet, währenddessen die arbeitende Menschheit in den meisten Ländern Europas Hunger leiden mußte. Im „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 40 beschäftigt sich Georg Bernhard mit dieser Frage, wobei er zu folgenden Feststellungen kommt:

„In unserer Zeit gibt es nicht nur viel Elend, sondern mehr noch ungeheuer viel künstlich geschaffenen Jähndoch durch die Verbreiterung der Kluft zwischen arm und reich, durch den absoluten Mangel auf der einen und den ungeheuren Luxus auf der anderen Seite, verschlimmert noch durch die Tatsache, daß die Nutznießer des Luxus ihn öffentlich zur Schau stellen und dadurch breite Massen diesen Gegenstand fühlen lassen... Man hat den Luxuskonsum enorm gesteigert. In ihm haben die technischen Möglichkeiten Orgien gefeiert. Was man aber vollkommen unterlassen hat, ist die Luxusverfahrungen zu popularisieren, die technischen Werte, die man dort erreicht hat, der Gesamtheit zuteil werden zu lassen. Hier liegt ein für die Zukunft sehr anregendes wirtschaftliches Moment.“

Der Verfasser hat hier das Richtige getroffen. Die Technik hat geradezu Großartiges geleistet. Aber was nützen uns alle technischen Erfindungen, wenn sie nur für einige wenige geschaffen sind und die breite Masse des Volkes darunter zu leiden hat? Deshalb sollte man nun einmal Schluss machen mit den kostspieligen technischen Wunderwerken und sein Augenmerk darauf richten, die technischen Werte der Gesamtheit des Volkes zugänglich zu machen. Dazu gehört eine Hebung des Lebensstandards und die notwendige Freizeit, um technische Erfindungen genießen und verbrauchen zu können.

Handbemerkungen zur Politik

Das kleinere Übel

Das Kabinett Brüning hat seine gefährliche Stunde hinter sich. Mit 318 gegen 236 Stimmen beschloß der Reichstag, über die vorliegenden Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen.

Das Kabinett Brüning genießt kein Vertrauen, sondern es wird gebuddelt. Es gilt als das kleinere Übel gegenüber dem großen Übel einer faschistischen Diktatur. Der Ausfall der Septemberwahlen hat die Sozialdemokratie gezwungen, diese leidliche Politik des kleineren Übels zu betreiben, wenn sie nicht mitschuldig an einer Katastrophe werden will. Unsere Pflicht ist es jetzt, dafür zu sorgen, daß wir einen anderen Kurs einschlagen können, wenn dieser unmögliche Reichstag einem neuen Platz machen wird.

Im Grabe der Staatsprett

Den größten Reizfall bei den vergangenen Wahlen haben ohne Zweifel die Demokraten erleben müssen. Der Jungdeutsche Orden, der allein nicht einen Abgeordneten durchgebracht hätte, hat von 20 Mandaten der Staatspartei nicht weniger als sechs erhalten — nur um sich mit ihnen selbständig zu machen. Die Jungdeutschen sind auch räumlich von ihren Geburtsorten abgedrängt. Sie sitzen jetzt im Reichstag zwischen der Volkspartei und den Deutschen Nationalen. Die übrigen 14 Staatspartei haben nicht einmal die Fraktionsstärke, wozu 15 Mann gehören.

Damit das Maß voll wird, erklärt nun Mahraun, daß die Wahlhelfer in den meisten Fällen eine Angelegenheit der Staatspartei seien und daß man von den Jungdeutschen nicht verlangen könne, daß sie an der Bezahlung dieser Schulden teilnehmen.

Die „wahren Sozialisten“

Hitler hat endlich den wahren Sozialismus entdeckt, auf den wir schon lange warten. Nun wissen wir auch, wie ein wahrer Sozialist aussieht. Vor allem ist er, wie Hitler in einer englischen Zeitung erklärt, ein wütender Antimarkist. Er ist ferner „kein Feind des Besitzes“ und auch „kein schwarzer Mann“, sondern im Gegenteil der Retter Europas vor dem Volkswirtschaftswesen.

Dementsprechend war auch die erste politische Tat der neuen Nazi-Fraktion. Die „wahren Sozialisten“ gaben sich alle Mühe, Scholz, den Vertreter des Finanzkapitals, das Reichstagspräsidium zu verschaffen — allerdings vergeblich. Demgegenüber hat es wenig zu sagen, wenn Hitler seine Geliebte durch Agitationsanträge auf Enteignung der Bank- und Börsenfürken erschreckt. Auch Mussolini hat dergleichen versprochen und nichts davon gehalten.

Reich

Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, den Höchstzinsfuß auf 5 Prozent festzusetzen und die Zwangstilgung von Darlehen in mindestens 50 Jahren zu verfügen. Dieser Antrag ist, wie sich unsere Antimarkisten unter hitlerischem Gelächter des Reichstags lassen mußten, im Wortlaut aus dem 3. Buch Weiss entnommen.

Servantenmenschen suchen Untertanen

Hitler hat Otto Straßer gegenüber einmal erklärt, die deutschen Arbeiter hätten nur Brot und Spiele im Kopf, sie müßten darum von einer Herrenschicht besserer Klasse rüchlos beherrscht werden.

Auch sonst ist die Trennung von Hoch- und Minderwertigen bei den Nazis streng durchgeführt. Wer sich darüber aufklären

will, der lese das Buch des Münchener Rechtsanwalts Jung: „Die Herrschaft der Minderwertigen.“ Es soll eine Art Neuaufbau der natürlichen Untertanen draucht.

Wer Lust hat, Untertan zu werden, melde sich bei der NSDAP, Abteilung Minderwertige.

Zu viel verlangt

Daß die SPD. und die KPD. nicht sehr bescheiden sind, ist bekannt genug. Zum gegenwärtigen Metallarbeiterstreik, der in einer schweren Krise zur Abwehr eines Unternehmerangriffes geführt wird, erklärt die „Welt am Abend“, daß die KPD. so lange streiken wird, bis ihre Kampfforderungen erfüllt sind: Kein Pfennig Lohnabbau, Streiksonntage bei vollem Lohnausgleich, Lohnerhöhung, Brot und Arbeit für die Erwerbslosen.

Die Drahtzieher der SPD. wissen natürlich, daß solche Forderungen Unsin sind. Sie verlangen mit Höchst Anreizbares, um die Arbeiterkraft aufzutun. Ihr Weizen blüht nur bei einer fortschreitenden Verelendung der Arbeiterschaft. Ihr Ziel, die akute revolutionäre Situation herbeizuführen, verträgt sich nicht mit einer wirklichen Besserstellung. Ihr Kampf um die Hebung der Lebenshaltung ist darum nur ein Scheinstampf, weil sie dem Arbeiter die Wahrheit über ihre Kampftrophenpolitik nicht ins Gesicht sagen dürfen.

Es geht auch anders

Während die Berliner Metallindustriellen Löhne um acht Prozent abbauen wollen, die im besten Fall in der Stunde 1,12 M. betragen, hat Ford die Stundenlöhne von 2,40 auf 2,50 M. erhöht.

Andere Unternehmer haben zwar die amerikanischen Rationalisierungsmethoden übernommen, aber ihre alten vorhinflüchtigen Lohntheorien behalten. Oder geht es ihnen gar nicht um den wirtschaftlichen Fortschritt, sondern nur um die Ausnützung und Erhaltung ihrer Machtstellung?

Der Amtsgerichtsrat a. D.

Der Braunshweiger Naziminister Franzen versuchte, seinen Parteifreund Lohse, der unter falscher Flagge segelte, aus einer Polizeiwache herauszulassen.

Der ehemalige Amtsgerichtsrat Franzen müßte eigentlich weichen, was Begünstigung ist. Die Staatsanwaltschaft hat ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Franzen wird sich auch vor dem Braunshweiger Landtag zu verantworten haben, der auf Verlangen der SPD-Fraktion einberufen wurde, wenn er es nicht vorzieht, sein Amt vorher niederzulegen.

Aus den Zahlstellen

Darmstadt. Am 14. Oktober fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Vor Beginn der Versammlung begrüßte der Vorsitzende, Kollege Spiegel, die Anwesenden, insbesondere Kollegen Kalb aus Frankfurt sowie den Bezirksvorsitzenden der Buchdrucker Kollegen Boltart und den Gewerkschaftssekretär vom ADGB, Kollegen Richter. Nachdem der Vorsitzende einige Mitteilungen bekanntgegeben hatte, erteilte er Kollegen Richter zu seinem Vortrag über „Die Notverordnung in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung“ das Wort. Redner schilderte ausführlich die Vor- und Nachteile der Notverordnung. Alles hier anzuführen, würde zu weit führen. Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen über die Sperrfrist, Regelung der Arbeitslosenunterstützung, Wartezeit, Arbeitslosenversicherung, Bezug des Krankengeldes sowie Abgaben an die Krankenkassen für Krankengeld und Arznei. In seinem Schlußwort erwähnte er die Zuhörer, weiterzukämpfen für die Verbesserung der Sozialversicherung. Die Versammelten, welche dem Redner während seines Vortrages größte Aufmerksamkeit geschenkt hatten, spendeten reichen Beifall. Der Vorsitzende dankte im Namen der Versammlung für diesen interessanten Vortrag. Anschließend gab Kollege Bauer den Referatbericht vom 3. Quartal, woraus zu ersehen war, daß alles in bester Ordnung ist. Ein Antrag auf Entlastung wurde einstimmig angenommen. Hierauf richtete der Gauleiter Kollege Kalb an die Versammelten erste Worte, er erinnerte an das Lohnabkommen, das am 31. Dezember abläuft, niemand weiß, was die Zukunft bringt. Der Ausgang des Streiks der Metallarbeiter in Berlin wird die Lohnkämpfe der Gewerkschaften entscheidend beeinflussen. Er hat die Kollegen ersucht, die nächsten Versammlungen noch besser zu besuchen und die Säumnisse zurückzuführen. Bei Punkt Verschiedenes wurden noch einige dringliche Angelegenheiten erledigt.

Köln. Im vollbesetzten Saale 1 des Volkshauses fand am 17. Oktober unsere erste Mitgliederversammlung nach den Reichstagswahlen statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wies der Vorsitzende, Kollege Heilmann, auf die allgemeinen Lohnabnahmabestrebungen des Unternehmens und was auch in den Druckereibetrieben hin. An einer Fülle von Beispielen erläuterte er unsere größtenteils erfolgreichen Abwehrmaßnahmen. Die Kollegen schätzten es auf, die Zumutungen der Unternehmer bezüglich des Abbaues der Leistungszulagen mit Geduld und Mut zurückzuschlagen. Die Organisation lände der Kollegenhaft helfend zur Seite. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein kurzer Vortrag des Genossen Haas von der Konjunktionsgesellschaft „Hoffnung“, dem sich eine interessante Filmvorführung „Verhältnisse gewerkschaftlicher Arbeit“ angeschlossen. Die Filmbeiträge wurden von der Kollegenhaft mit Interesse verfolgt und außerordentlich beifällig aufgenommen. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, derartige Vorführungen zu wiederholen. Mit der Mahnung an die Kollegenhaft, namentlich auch an die anwesenden Frauen, ihren Lebensmittelpunkt und Hausbedarf nur bei der Konjunktionsgesellschaft zu decken und somit auch erfolgreich den Krämerleuten der deutschen Wirtschaftspartei ein Karoli zu bieten, die fortgesetzt nur eine arbeitserfindliche Politik betreiben, wurde die Versammlung nach dreikündiger Dauer geschlossen.

Nördlingen. Eine von sämtlichen Mitgliedern besuchte Mitgliederversammlung fand am Montag, dem 13. Oktober, im Gasthaus „Kolle“ statt. Unser Gauleiter Kollege Fritz Reibmeier, München, hielt einen sehr interessanten Vortrag. In andertausendstündigen Ausführungen behandelte er zunächst die ungeheure Arbeitslosigkeit und deren Ursache. Der Notverordnung der Regierung Brüning mit all ihren unsozialen Auswirkungen nahm sich der Referent besonders an und zeigte den Anwesenden, daß es einem christlichen Gewerkschaftssekretär vorbehalten blieb, die Löhne abzubauen und die soziale Gesetzgebung wesentlich zu verschlechtern, trotz steigender Lebenshaltungskosten. Unsere Unternehmer sind

nicht besser als die anderen und lauern ebenfalls auf den Augenblick zum Losschlagen. Deshalb ist es notwendig, die Eingeliet zu bewahren, Unorganisierte dem Verbände zuzuführen, um im gegebenen Augenblick gerüstet zu sein. In der Diskussion wurde dem Redner der Dank für seine Ausführungen ausgesprochen und er beauftragt, in verschiedenen Angelegenheiten an anderen Tagen bei der Firma vorzusprechen. Dies ist geschehen, und es kann gesagt werden, daß der betreffende Geschäftsführer ein Mann ist, der sich streng an den Tarif hält. Alle Angelegenheiten konnten in lokaler Weise erledigt werden.

Mundschau

Internationales Buchdruckersekretariat. Hilfe für den Balkan! Die schlechte Lage der rumänischen Berufsgenossen hat das Internationale Buchdruckersekretariat veranlaßt, unter den angeschlossenen Organisationen eine Hilfsaktion einzuleiten. Sie sollen pro Mitglied einen Extrabeitrag von 20 Schweizer Centimes aufbringen. In dem betreffenden Aufruf heißt es u. a.: „Wir wissen, daß diese Art des Vorgehens nicht genau dem Wortlaut der Statuten entspricht, die Erweiterte Sekretariatskommission ist jedoch von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß außerordentliche Situationen außerordentliche Mittel verlangen; sie appelliert an den gebundenen Solidaritätssinn aller angeschlossenen Verbände.“ Da die Arbeiter des graphischen Gewerbes in den Ländern des Balkans vielfach eine Pionierstellung einnehmen, darf die Aktion des Internationalen Buchdruckersekretariats ganz besonders begrüßt werden. Sie schließt sich an die Bestrebungen an, die auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, um der durch die mißliche Wirtschaftslage (allein in Rumänien gibt es bis zu 50 und 60 Prozent Arbeitslose) sowie politische Umtriebe und Entrechtung schwer getroffenen Arbeiterchaft des Balkans die Solidarität der Arbeiter der übrigen Länder zu bekunden. In diesem Sinne wurde (abgesehen von der Gewährung von Unterstüungen) von der letzten Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Abhaltung einer zweiten gewerkschaftlichen Balkankonferenz in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres beschloßen.

Lagung des Demog-Revisionsverbandes in Magdeburg. Die diesjährige Verbandstagung des Demog-Revisionsverbandes E. W. Demog-Revisionsvereinigung findet am 14. bis 16. November 1930 in der Stadthalle zu Magdeburg statt. Die Tagesordnung bringt Referate von Reichspräsidentminister a. D. Wissel, Landtagsabgeordneter W. Drügemüller, Oberbürgermeister Beims, stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Diekmann, Verbandsreferent Dr. Bobien und Geschäftsführer Plumböhm. Während der Lagung finden Führungen durch die Siedlungsbauten des Vereines für Kleinwohnungswesen G. m. b. H. in Magdeburg statt.

Das ganze Lohnsystem ist ein Grauel, nicht nur wegen der sozialen Ungerechtigkeit, die es verursacht und verewigt, sondern auch, weil es den, der die Arbeit tut, von dem Zwecke trennt, für den sie getan wird. Bertram Russel.

Literatur

„Arbe und Schule.“ Soeben erschien im Freien Schulverlag G. M. Berlin, 10, am Pariser Straße 17, Band 10 der sozialistischen, erziehungswissenschaftlichen Monatschrift „Arbe und Schule“ mit redaktionellem Vorwort über „Arbe und Schule“. Aus dem Inhalt: „Das Schulprogramm des Rabbinismus“, Erziehungsfragen auf dem Gebiet der „Männer“, „Schule und Arbeit in Frankreich“, Einzelpreis 50 Pf., Subskriptionen vierteljährlich 1,50 M. und Belegexempl. (Postzusendung Berlin). Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929. Grundzüge der Tarifpolitik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bearbeiter von Wladimir Wollfing. Erstes Sonderheft der „Gewerkschafts-Zeitung“, Din A 4, 87 Seiten, Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Preis 1,50 M., Organisationspreis 30. Die neue Statistik des ADGB, treibt an, das Zahlwesen, eines der wichtigsten Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeit, einheitlich und systematisch zu durchleuchten. Die wertvolle Unterweisung, die der statistischen Abteilung des ADGB, von den Verbänden angeteilt wurde, hat es ermöglicht, eine Zusammenfassung von Zahlen auf diesem Gebiet klar und übersichtlich zu machen, über die bis jetzt unvollkommene Vorstellungen herrschten.

Maler für die Innaliberverkäufer. Von Friedrich Oltmann, Kontrollinspektor. (Heft 6 von Boris Schifelschneider), 16. Auflage (III. bis 116. Tausend), 48 Seiten, Verlag Friedrich W. Borchel, Leipzig C 1, Königsstraße 28 B, Einzelpreis 70 Pf., bei Parteilieferungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Arbeitsvermittlung und Berufshilfe. Ein Führer durch das neue Arbeitswesen und Berufsberatungswesen. Von Friedrich Kreis, Bürgermeister in Albersleben. 7. Auflage (II. bis 10. Tausend), Verlag Friedrich W. Borchel, Leipzig C 1, Königsstraße 28 B, Einzelpreis 70 Pf., bei Parteilieferungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Handbuch für die öffentlichen Priester. Von Friedrich Kreis, Bürgermeister in Albersleben. 7. Auflage (III. bis 25. Tausend), 48 Seiten, Verlag Friedrich W. Borchel, Leipzig C 1, Königsstraße 28 B, Einzelpreis 70 Pf., bei Parteilieferungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Am 13. Oktober verstarb unser langjähriger Kollege

Edolf Rilian

(D. Brandstetter)

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken beehrt dem Verstorbenen die Mitgliedschaft Leipzig.

Abrechnungen

Geldsendungen kamen aus Berlin 73 000 M.

Berlin, den 18. Oktober 1930. H. Lohahl.

Briefkasten

Nach Darmstadt, Gut Bericht ist noch nie gekürzt oder geändert worden, um den Schriftführer etwa zu ärgern. Im Gegenteil, er sollte sich freuen, erkennt er doch an der geschickten Einbringung, wie es gemacht werden muß. Außerdem sollte er bedenken, daß mit der Zeitung immer ein Brief einwaktanden sind, für die die Berichte doch geschrieben werden. Gruß.

Für die Woche vom 19. Oktober bis 25. Oktober ist die Beitragsmarke in das 43. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedkarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schütze, Charlottenburg, Meerfeldstraße 6, Fernruf: Amt Westend 1928. — Berlin: H. Lohahl, Charlottenburg. — Druck: Verlagsdruckerei Gmb., Berlin SW 61, Dreilindendstraße 6.